



## ***Erfüllungsaufwand reduzieren | Neue Belastungen und Rechtsunsicherheit vermeiden***

**Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (Zweites Bürokratieentlastungsgesetz)**

8. Juli 2016

### ***Zusammenfassung***

Die BDA begrüßt grundsätzlich das Vorhaben eines Zweiten Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG II). Die Reduzierung des Erfüllungsaufwandes für die Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung, damit Unternehmen investieren und Beschäftigung aufbauen können. Der Referentenentwurf muss dafür in wichtigen Punkten überarbeitet werden.

So führt z.B. die geplante Änderung der Regelung zur Fälligkeit der Sozialbeiträge in ihrer jetzigen Fassung zu zusätzlichen Belastungen und Kosten für Arbeitgeber sowie neuer Rechtsunsicherheit und muss daher korrigiert werden.

Bezüglich der vorgesehenen Erweiterung des Aufgabenkatalogs der Handwerkskammern sind weder die damit intendierte bürokratische Entlastung noch mögliche Auswirkungen auf den Weiterbildungsmarkt nachvollziehbar.

Insgesamt bleibt das BEG II mit einer (geschätzten) Entlastungssumme von gut 350 Mio. € pro Jahr nicht nur deutlich hinter dem Ersten Bürokratieentlastungsgesetz, sondern auch hinter dem tatsächlich Notwendigen zurück. Um das Ziel spürbarer Entlastungen für die Wirtschaft zu erreichen,

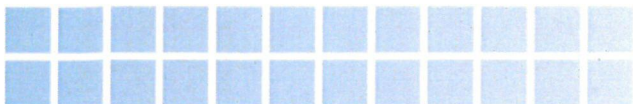
sind daher weitere Gesetzesänderungen, u.a. im Steuerrecht, erforderlich.

### ***Im Einzelnen***

#### **1. Fälligkeit von Sozialbeiträgen (Art. 9)**

Die BDA begrüßt die vorgesehene Umstellung des Verfahrens, die nach Zahlen des Statistischen Bundesamts zu einer jährlichen Entlastung von 64 Mio. Euro führt. Allerdings kann der Wegfall der Option, die Beitragshöhe zu schätzen, bei stark schwankenden Beitragszahlungen zu einer zusätzlichen Belastung für einzelne Betriebe führen. Deshalb sollte die bereits heute bestehende Möglichkeit für Arbeitgeber erhalten bleiben, die Beiträge zu schätzen und im Folgemonat entsprechend zu korrigieren.

Im Übrigen würden mit den geplanten Änderungen in § 23 Abs. 1 SGB IV neue unbestimmte Rechtsbegriffe eingeführt, die sich nicht mit der betrieblichen Praxis der Entgeltabrechnung decken. Demnach wäre für die Ermittlung des Beitrags entscheidend, ob „das Arbeitsentgelt betriebsüblich erst nach dem fünftletzten Bankarbeitstag eines Monats abgerechnet“ wird. Weder „betriebsüblich“ noch „abgerechnet“ sind in der Sozialgesetzgebung definierte Begriffe. Dies kann zur Folge haben, dass Unternehmen zwei Methoden zur Ermittlung der Beiträge parallel nutzen müssen, wenn das Entgelt nur für



einen Teil der Arbeitnehmer bis zum fünft-  
letzten Bankarbeitstag feststeht.

Eine solche Doppelbelastung von Arbeitge-  
bern muss ausgeschlossen sein. Darüber  
hinaus wäre die einmalige, kostenintensive  
Umsetzung in den Abrechnungsprogrammen  
für alle Arbeitgeber notwendig, auch wenn  
sie gar nicht von der Änderung profitieren,  
was bei der überwiegenden Mehrheit der Fall  
wäre.

Schließlich ist die Anpassung der Program-  
me in einem so sensiblen Bereich, wie der  
Beitragsberechnung, bis zum 1. Januar 2017  
nicht mit der notwendigen Qualitätssicherung  
zu realisieren.

Wir regen daher an, statt der umfassenden  
Änderung des § 23 SGB IV lediglich in Satz  
3 den Teilsatz „wenn Änderungen der Bei-  
tragsabrechnung regelmäßig durch Mitarbei-  
terwechsel oder variable Entgeltbestandteile  
dies erfordern“ zu streichen. Mit dieser ein-  
fachen und überschaubaren Änderung kön-  
nen die Einsparungen in Höhe von 64 Mio. €  
ebenfalls erreicht werden, ohne dass es zu  
Risiken im Beitragseinzug oder zu zusätzli-  
chen Kosten bei den Arbeitgebern kommt.

## **2. Anhebung der Grenze für die viertel- jährliche Lohnsteuer-Anmeldung (Art. 5)**

Arbeitgeber müssen die Lohnsteuer ihrer Ar-  
beitnehmer grundsätzlich in jedem Kalen-  
dermonat beim zuständigen Finanzamt an-  
melden und abführen. Hat die Lohnsteuer für  
das vorangegangene Kalenderjahr nicht  
mehr als 4.000 € betragen, so muss die  
Lohnsteuer-Anmeldung lediglich in jedem  
Kalendervierteljahr erfolgen. Die BDA be-  
grüßt die Anhebung der Grenze auf 5.000 €,  
die für sehr kleine Betriebe eine Entlastung  
bei der Lohnsteuer-Anmeldung darstellt.

## **3. Anhebung der Grenze der Kleinunter- nehmerregelung (Art. 6)**

Die Umsätze von inländischen Unternehmen  
unterliegen nicht der Umsatzsteuer, wenn  
ihre Umsätze im vorangegangenen Kalen-  
derjahr 17.500 € nicht überstiegen haben  
und im laufenden Kalenderjahr voraussicht-

lich 50.000 € nicht übersteigen werden. Im  
Gegenzug ist auch kein Vorsteuerabzug zu-  
lässig. Die Anhebung des Grenzwerts auf  
20.000 € kann für kleine Unternehmen und  
Existenzgründer eine Bürokratieentlastung  
darstellen.

## **4. Anhebung der Grenze für Kleinbetrags- rechnungen (Art. 7)**

Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von  
max. 150 € müssen die umfangreichen An-  
gaben des Umsatzsteuerrechts nicht enthal-  
ten, um zum Vorsteuerabzug zu berechtigen.  
Es genügen stattdessen Basisangaben wie  
z. B. Name und Anschrift des leistenden Un-  
ternehmers, Menge und Art der gelieferten  
Waren. Diese Vereinfachungsregel entlastet  
sowohl das leistende Unternehmen bei der  
Rechnungserstellung als auch den zum Vor-  
steuerabzug berechtigten Leistungsempfän-  
ger. Um diesen vom Gesetzgeber ausdrück-  
lich gewollten Vereinfachungseffekt dauer-  
haft zu erhalten, ist eine Anpassung der  
Grenze an die Preisentwicklung erforderlich.  
Mit der Anhebung der Grenze auf 200 € wird  
diese Anpassung vorgenommen.

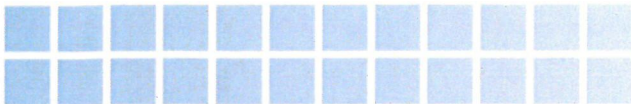
## **5. Ergänzende Vorschläge zu Änderungen im Umsatzsteuerrecht**

### **a) Vierteljährliche Umsatzsteuer- Voranmeldung und Erleichterungen für Existenzgründer**

Unternehmen müssen die Umsatzsteuer in  
jedem Kalendermonat beim zuständigen Fi-  
nanzamt anmelden und Vorauszahlen, wenn  
die Umsatzsteuer für das vorangegangene  
Kalenderjahr mehr als 7.500 € beträgt. Nur  
wenn diese Grenze unterschritten wird, ist  
die Umsatzsteuer-Voranmeldung in jedem  
Kalendervierteljahr zulässig. Um kleine Un-  
ternehmen von dem erheblichen Aufwand  
der monatlichen Umsatzsteuer-  
Voranmeldung und Abführung zu entlasten,  
sollte die Grenze, bis zu der die vierteljähr-  
liche Voranmeldung zulässig ist, angehoben  
werden.

Für Existenzgründer greift im laufenden und  
im folgenden Kalenderjahr eine Pflicht zur  
monatlichen Umsatzsteuer-Voranmeldung.





Diese Sonderregel wurde 2002 eingeführt, um besser kontrollieren zu können, dass Unternehmen nicht nur zum Zweck des Umsatzsteuerbetruges gegründet werden. Diese Verpflichtung hat zu keinem signifikanten Rückgang des Umsatzsteuerbetrugs geführt. Stattdessen ist mit der monatlichen Meldepflicht ein hoher Verwaltungsaufwand für alle Existenzgründer verbunden. Existenzgründer sollten die Umsatzsteuervoranmeldung daher optional wieder vierteljährlich abgeben dürfen.

#### **b) Keine Angabe steuerfreier Umsätze in der Umsatzsteuervoranmeldung**

In Umsatzsteuervoranmeldungen wird verlangt, umsatzsteuerfreie Umsätze anzugeben. Dies bedeutet für die Unternehmen unnötigen Aufwand und trägt nicht zur Zielsetzung der Umsatzsteuervoranmeldung bei. Durch die Umsatzsteuervoranmeldungen soll erreicht werden, dass das Zahlungsausfallrisiko zu Lasten des Staates reduziert wird und Unternehmen die Umsatzsteuerlast gleichmäßig über das ganze Jahr verteilen können. Bei steuerfreien Umsätzen greifen beide Argumente für die Umsatzsteuervoranmeldung nicht. Besonders problematisch ist, dass Umsatzsteuervoranmeldungen auch noch nachträglich korrigiert werden müssen, wenn steuerfreie Umsätze fehlerhaft angegeben wurden, auch wenn dies keinerlei Bedeutung für die Steuerlast hat. In Umsatzsteuervoranmeldungen sollte auf die Verpflichtung zur Angabe umsatzsteuerfreier Umsätze verzichtet werden. Ohnehin werden die umsatzsteuerfreien Beträge später in der Umsatzsteuererklärung angegeben.

#### **c) Anhebung der Grenze für die Ist-Versteuerung (§ 20 UStG)**

Gerade kleine und mittlere Betriebe, die regelmäßig über eine geringe Eigenkapitalquote verfügen, sind in besonderer Weise auf eine ausreichende Liquidität zur Vorfinanzierung und Abwicklung ihrer Aufträge angewiesen. Eine erhebliche Einschränkung der Liquidität resultiert aus dem Umsatzsteuerrecht. Es verpflichtet Betriebe, die Umsatzsteuer bereits bei Leistungserbringung abzu-

führen – auch wenn noch kein Zahlungseingang vorliegt (Soll-Versteuerung).

Um Liquiditätsprobleme zu vermeiden, hat der Gesetzgeber eine Umsatzgrenze eingeführt, bis zu der eine Ist-Versteuerung möglich ist (d. h. die Umsatzsteuer muss erst abgeführt werden, wenn der Kunde die Rechnung bezahlt). Die Ist-Versteuerungsgrenze liegt seit dem 1. Januar 2012 bei 500.000 € und wird von immer mehr mittelständischen Betrieben überschritten – z. B. weil die Umsätze aufgrund höherer Material- und Energiepreise steigen. Um dieser Entwicklung und dem ursprünglichen Ziel des Gesetzgebers Rechnung zu tragen, ist eine Anhebung der Ist-Versteuerungsgrenze auf 600.000 € sachgerecht und erforderlich.

#### **6. Änderung der Handwerksordnung (Art. 8)**

Es werden Anpassungen der Handwerksordnung vorgenommen, die u.a. den im Handwerk fortschreitenden digitalen Kommunikationsformen Rechnung tragen. Die rechtlichen Anpassungen sind aus unserer Sicht wichtig, um die Digitalisierung im Handwerk voranzubringen.

Allerdings ist die Gesetzesbegründung zu Nummer 5 nicht nachvollziehbar und es geht aus ihr auch nicht hervor, wie es durch die Erweiterung des Aufgabenkatalogs der Handwerkskammern in § 91 Absatz 1 HwO zu einer bürokratischen Entlastung kommen soll. Insbesondere müssen die Auswirkungen dieser Regelung auf den Weiterbildungsmarkt geprüft werden.

#### **Ansprechpartner:**

##### **BDA | DIE ARBEITGEBER**

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

##### **Arbeits- und Tarifrecht**

T +49 30 2033-1200

[arbeitsrecht@arbeitgeber.de](mailto:arbeitsrecht@arbeitgeber.de)